



Interviews

24. Juni 2024

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Gerhard Schick, Finanzwende

Dirk-Oliver Heckmann: Wir können über das Thema vertieft sprechen mit Gerhard Schick. Er ist Volkswirt und Vorstand des Vereins Bürgerbewegung Finanzwende, die sich nach eigenen Angaben für nachhaltige Finanzwirtschaft einsetzt. 2005 bis 2018 war er Mitglied des Deutschen Bundestages für Bündnis 90/Die Grünen. – Guten Morgen, Herr Schick.

Gerhard Schick: Guten Morgen!

Heckmann: Wie überrascht waren Sie, als Sie erfuhren, das Verfahren wird wohl eingestellt?

Schick: Na ja. Herr Olearius ist 82 Jahre alt und es hat sich jetzt schon abgezeichnet, dass das Verfahren immer schwieriger wird, weil ärztlich festgestellt worden ist, dass er nur 45 Minuten verhandlungsfähig ist am Tag. Damit kriegt man einen großen Prozess nicht hin. Insofern war das jetzt ein Stück weit absehbar.

Heckmann: Ein Stück weit absehbar. – Das Verfahren geht womöglich ohne Urteil zu Ende, ohne Freispruch, ohne Verurteilung, und weil im Rechtsstaat ja die Unschuldsvermutung gilt, gilt Olearius als unschuldig. Auch aus Ihrer Sicht?

Schick: Das ist jetzt insofern bedauerlich, als eine Klärung durch das Gericht gut gewesen wäre. Aber wenn man jetzt mal insgesamt anschaut, wie das bei Olearius gelaufen ist, dann kann man eigentlich als Bürger, als Steuerzahler ganz zufrieden sein. Olearius hat sich lange bemüht - deswegen hat er ja dreimal mit dem heutigen Kanzler Scholz gesprochen, dass die Gewinne aus den kriminellen Geschäften bei seiner Bank bleiben können, und damit ist er gescheitert. Es ist vom Gericht angeordnet worden, dass diese Gewinne eingezogen werden, 176 Millionen Euro, und da musste er aus seinem Privatvermögen das der Bank ersetzen, weil sonst die Bank in die Schieflage gekommen wäre. Da hat er richtig verloren.

Er hat versucht, mit vielen Anwälten – er hat da viel Geld in die Hand genommen – das Verfahren insgesamt zu vermeiden, aber es kam jetzt zu einem rechtsstaatlichen Verfahren, und so, wie es in unserem Rechtsstaat üblich ist, wird bei jemandem, der nicht verhandlungsfähig ist, das Verfahren eingestellt so wie bei jedem normalen Bürger auch. Olearius hat anders als er versucht hat keine Sonderbehandlung bekommen und er wollte unbedingt einen Freispruch, um seine Reputation wiederherzustellen. Er war früher ein angesehener Wohltäter in Hamburg, aber sein Name wird, weil es keinen Freispruch jetzt voraussichtlich gibt, immer mit den kriminellen Cum-Ex-Geschäften verbunden sein. Deswegen glaube ich, dass die Abschreckungswirkung in dem Verfahren jetzt, auch wenn es eingestellt wird, für künftige Banker schon da ist, dass die wissen, du machst dir alles kaputt, wenn du kriminelle Geschäfte machst.

Heckmann: Herr Schick, es gibt eine ganze Reihe von Prozessen in dem Zusammenhang. In Hamburg gibt es einen Untersuchungsausschuss, unter anderem auch zur Rolle der Warburg-Bank und den Verbindungen, den Treffen zum damaligen Ersten Bürgermeister Hamburgs Olaf Scholz, dem jetzigen Kanzler. Dass der Prozess in Bonn jetzt eingestellt wird, inwiefern ist das eine schlechte Nachricht für die Aufarbeitung des Gesamtskandals?

Schick: Ich hatte mir schon erhofft, dass wir aus dem Prozess noch zusätzliche Erkenntnisse auch über die politischen Zusammenhänge in Hamburg bezüglich Peter Tschentscher und Olaf Scholz bekommen. Das wird jetzt nicht der Fall sein. Das ist in der Tat ein Rückschlag. Aber dafür gibt es den Untersuchungsausschuss in Hamburg, der die notwendigen Daten hat, und er hat ja auch eine wichtige Erkenntnis schon gebracht, aus der allerdings bisher keine Konsequenzen gezogen worden sind, nämlich er hat klar nachgewiesen, dass Peter Tschentscher, der heutige Erste Bürgermeister, damals als Finanzsenator genau wusste, dass seine Finanzbehörde der Warburg-Bank von Olearius das Geld belassen will, dass die Bank die Gewinne aus den kriminellen Geschäften behalten konnte, und er hat nicht interveniert. Ich glaube, es ist eigentlich unsäglich, dass er noch als Erster Bürgermeister weitermachen kann, obwohl er so eindeutig die Interessen einer Bank mit kriminellen Geschäften vor die Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger gestellt hat.

Heckmann: Das weisen Olaf Scholz und auch Herr Tschentscher zurück, eine politische Einflussnahme, und das werden wir, denke ich, noch weiterverfolgen, wie da die Aufklärung weitergeht. Herr Schick, noch mal gefragt mit Blick auf Anne Brorhilker, die ehemalige Cum-Ex-Chefermittlerin in Nordrhein-Westfalen. Die hat ja ihren Posten verlassen und hat sich der Finanzwende, Ihrer Organisation angeschlossen. Sie hat in dem Zusammenhang gesagt, sie sei überhaupt nicht zufrieden damit, wie in Deutschland Finanzkriminalität bekämpft werde. Die Kleinen hänge man, die Großen lässt man laufen. – Ist die Einstellung dieses Verfahrens jetzt in Bonn nicht ein Beispiel dafür?

Schick: Ich sehe es eher als ein Beispiel, dass es der Staatsanwaltschaft Köln gelungen ist, ihn vor Gericht zu stellen. Er ist behandelt worden wie jeder andere Bürger auch. Auch andere Leute werden, wenn sie krank und alt sind, dann nicht mehr vor Gericht gezerrt, sondern da stellt man auch die Verfahren ein. Insofern hat es keine Sonderbehandlung gegeben.

Was wir gerade beobachten ist, dass die sehr erfolgreiche Arbeit der Kölner Staatsanwaltschaft versucht wird schlechtzureden und natürlich von den Interessierten, da sind 1700 Beschuldigte aus der Finanzbranche, die ein Interesse haben, die Staatsanwaltschaft Köln, die gegen sie ermittelt, zu schwächen. Deswegen wird jetzt so getan, als sei die ganze Arbeit schlecht gewesen.

Nein! Dort wo es Probleme in unserem Justizsystem bei der Aufarbeitung von Cum-Ex gibt, ist nicht die Staatsanwaltschaft Köln, sondern das ist zum Beispiel die Staatsanwaltschaft in

Hamburg, die seit über zehn Jahren weiß, dass es kriminelle Cum-Ex-Geschäfte bei der Landesbank HSH Bank in Hamburg gegeben hat, und die einfach nichts getan hat. Das ist ein Problem.

Heckmann: Weshalb aus Ihrer Sicht? Was sind die Gründe?

Schick: Das wissen wir nicht genau, aber ich befürchte, dass die Staatsanwaltschaft Hamburg ein Teil des SPD-Bankenfilzes ist, zu dem auch Peter Tschentscher und Olaf Scholz zu rechnen sind, und deswegen müsste da dringend es Konsequenzen geben. Ähnlich sieht es in Stuttgart aus, wo die Staatsanwaltschaft seit über zehn Jahren ermittelt wegen der Cum-Ex-Geschäfte der Landesbank LBBW. Aber wir wissen nicht, dass bis heute irgendwie durchsucht worden wäre. Das heißt, ich befürchte, dass die Ermittlungen gar nicht richtig gemacht werden und dass es da nicht dazu kommt, dass die Verantwortlichen wirklich vor Gericht gestellt werden. Es gibt Probleme bei der Aufarbeitung, aber die liegen woanders. Die liegen nicht in Köln.

Heckmann: Liegen sie in der Politik? Liegen sie in der mangelnden Unterstützung der Politik oder mangelndem Druck auch aus der Politik?

Schick: Ja, eindeutig! Schauen Sie mal, wir haben doch gerade jetzt Haushaltsverhandlungen und es ist eine riesen Lücke im Bundeshaushalt. Haben Sie schon mal von Bundesfinanzminister Lindner, der überall kürzen und streichen will, irgendwas davon gehört, dass er sich engagiert, die Gewinne der Banken aus illegalen Geschäften zurückzuholen? Da geht es auch um Milliarden. – Nein! Da ist er der große Bankenfreund und stellt die Interessen der Banken über die Interessen von Bürgerinnen und Bürgern.

Wenn mich jetzt an dem heutigen Tag etwas aufregt, dann ist es weniger die Einstellung des Verfahrens gegen Olearius, sondern dass es nach wie vor am politischen Engagement fehlt, den Banken diese illegalen Gewinne zurückzuholen.

Heckmann: Herr Schick, die ehemalige Chefermittlerin Anne Brorhilker hat gesagt, als sie ihren Rückzug aus dem Staatsdienst bekanntgegeben hat, es gebe bereits Nachfolgemodelle für Cum-Ex. Welche sind das und haben die Behörden das auf dem Schirm?

Schick: Ich befürchte, dass sie da wenig Kenntnisse haben. Es ist leider so, dass eben nicht systematisch überprüft wird, ob bei Kapitalerträgen wirklich auch nur das erstattet wird, was mal gezahlt worden ist, da wo es wirklich eine Berechtigung gibt. Wir haben da kein systematisches Verfahren. Und die Finanzbehörden sind zu schlecht aufgestellt bisher in der Verfolgung von Finanzkriminalität. Deswegen ist es ja auch so ärgerlich, dass bei diesem neuen Bundesamt zur Bekämpfung von Finanzkriminalität, das Christian Lindner auf den Weg bringen will, das Thema Steuern komplett ausgeblendet ist. Das findet dort gar nicht statt. Da wird es auch keine Verbesserung geben. Da müsste dringend noch etwas ergänzt werden, so dass die Fähigkeit des Staates, Finanzkriminalität auch im Bereich der Steuern zu bekämpfen, verbessert wird.

Heckmann: Glauben Sie, dass es kommt?

Schick: Nein! Ich sehe, dass Christian Lindner sich im Bereich Steuerkriminalität überhaupt nicht engagiert, sondern dass er das bei den Banken alles ganz locker sieht und da lieber bester Freund macht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.